Auszug VG-Rat 18. Nov. 1976

- Nichtöffentlicher Teil -

5. Beschwerde des Personalrates des Wasserversorgungsverbandes
6. Erlaßangelegenheiten
7. Finanzangelegenheit (Folgekosten aus Erschließungsvertrag)
8. Vergabeangelegenheit

- Öffentlicher Teil -

Zu TO-Punkt 1):

- Bildung einer "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main" -

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Stadt Mainz vom 25.10.1976, aus dem hervorgeht, daß die Städte Mainz und Wiesbaden seit Jahren im Rahmen der nachbarschaftlichen Beziehungen zusammenarbeiten und einen Städteausschuß Mainz-Wiesbaden gebildet hätten, in dem gemeinsam berührende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung auf dem Gebiete der Stadtplanung, des örtlichen und überörtlichen Verkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs, der Industrie- und Gewerbeansiedlungen, der Energie, der Wasserversorgung, der Abfallbeseitigung, der Naherholung usw. behandelt würden. Es ergäbe sich jedoch immer mehr die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf breiterer Basis. Aus diesem Grunde habe der Städteausschuß Mainz-Wiesbaden in seiner letzten Sitzung der Bildung einer "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main" der Städte Mainz und Wiesbaden mit anderen benachbarten Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebietes zugestimmt. Einige rechtsrheinische Gemeinden und Städte, z.B. Rüsselsheim, Hochheim, Flörsheim usw. hätten bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, sich an der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen. Der Städteausschuß habe es der Stadt Mainz freigestellt, auch benachbarten linksrheinischen Gebietskörperschaften die Teilnahme an dieser Gesprächsrunde vorzuschlagen. Gedacht sei dabei an die Verbandsgemeinden Nieder-Olm, Bodenheim, Nierstein-Oppenheim und Heidesheim, die Städte Bingen und Ingelheim sowie die verbandsfreie Gemeinde Budenheim. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Haupt- und Finanzausschuß dieses Thema ausführlich diskutiert habe und bei allem Für und Wider den Vorteil eines Anschlusses an die "Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main" erkannt habe.

Ratsmitglied R. Hock gibt bekannt, daß nach eingehender Beratung und Prüfung in der Fraktion nunmehr die Ansicht bestehe, daß eine Koordinierung im Rhein-Main-Gebiet zweckmäßig sei, und die Fraktion der CDU würde hierzu ihre Zustimmung erteilen.

Ratsmitglied Zinck fragt an, ob von der Arbeitsgemeinschaft eine Umlage erhoben würde.

Der Vorsitzende verneint dies.

Ratsmitglied Stauder schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied R. Hock an und hebt dabei besonders die Nahverkehrsprobleme hervor und teilt mit, daß eine überörtliche Planung für die Verbandsgemeinde äußerst wichtig sei.

Ratsmitglied Höhn gibt bekannt, daß die FDP unter dem Gesichtspunkt zustimmen würde, daß es möglich sei, in diesem Gremium die Verkehrsprobleme zu regeln.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, gibt der Vorsitzende folgenden

Beschluß bekannt:

"Der Verbandsgemeinderat ist mit der Beteiligung der Verbandsgemeinde an der "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main" einverstanden."

Abstimmung: Der Beschluß wird einstimmig angenommen (23 Stimmen).

Außerdem war anwesend: Ortsbürgermeister Kasper

Der Vorsitzende eröffnet um 19.o8 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit fest und beantragt, die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

Öffentl. Teil: 4 a: Erneute Beschlußfassung über die Nachtragshaushaltssatzung.

Nichtöffentl. Teil: 7: Finanzangelegenheit (Folgekosten aus Erschließungsvertrag)

8: Vergabeangelegenheit.

Ratsmitglied Borchert stellt den Antrag, den TO-Punkt 7 - Finanzangelegenheit (Folgekosten aus Erschließungsvertrag) - vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil zu verlegen.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, daß in diesem TO-Punkt der Erschließungsvertrag angesprochen würde, der vertraulich zu behandeln sei. Er könne diesem Antrag daher nicht zustimmen.

Ratsmitglied R. Hock teilt mit, daß er der Ansicht sei, die Angelegenheit müsse im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Der Vorsitzende läßt über den Antrag von Herrn Borchert abstimmen.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen (21 Stimmen).

Über den Antrag der Verwaltung zur Änderung der Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt: 20 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (21 Stimmen).

Zum Schriftführer wird VG-Amtsrat Müller bestellt.

T a g e s o r d n u n g

- Öffentlicher Teil -

1. Bildung einer "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Main"
2. Neufassung der Hauptsatzung
3. Bericht über die Sitzung des Sozial- und Sportausschusses mit dem Vorstand der Aktion Jugendtreff
4. Nutzung des Schulhofes Bodenheim als Parkplatz (Antrag der SPD-Fraktion Bodenheim)

4a. Erneute Beschlußfassung über die Nachtragshaushaltssatzung

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Bodenheim am Donnerstag, dem 18. November 1976, 19.oo Uhr, im Film- und Feierraum der Schule Bodenheim

Von den am 9.November 1976 ordnungsgemäß geladenen Ratsmitgliedern waren anwesend:

Der Vorsitzende:	Bürgermeister Krämer
1.Beigeordneter:	Kranz
2.Beigeordneter:	Sans
3.Beigeordneter:	Josten (ab 19.3oUhr)
Die Ratsmitglieder:	Becker, Hans-Georg
	Borchert, Dieter
	Busse, Dorothea
	Escher, Reinhold
	Gröger, Erich (ab 19.2o Uhr)
	Hamm, Franz-Josef (ab 19.14 Uhr)
	Hammer, Karl
	Hock, Heinz
	Hock, Rudolf
	Höhn, Berthold
	Holdenried, Wilfried
	Hollack, Reinhold
	Knab, Karl-Heinz
	Kögler, Franz Peter
	Lang, Jacob
	Dr. Laurien, Hanna Renate
	Müller, Heinrich
	Schmitt, Werner
	Schultz, Fritz R.
	Schumacher, Wolfram (ab 19.18 Uhr)
	Sperling, Hermann
	Stauder, Heinz
	Zinck, Günther
Entschuldigt fehlten:	die Ratsmitglieder:
	Felgner, Knab, Edmund;
	Rossel und Steiner